DP DEUTSCHE POLIZEI Sachsen-Anhalt

Nach der Wahl beginnt der Dienst

Sachsen-Anhalt hat am 6. September keine gewöhnliche Landtagswahl erlebt. Das Ergebnis markiert eine Zäsur. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis ist die AfD mit 43,8 Prozent stärkste Kraft, weit vor der CDU mit 17,2 Prozent. Die SPD erreicht 9,3 Prozent, die Grünen 8,9 Prozent und die Linke 8,6 Prozent. Das BSW zieht mit 5,3 Prozent erstmals in den Landtag ein, während die FDP mit 2,6 Prozent den Einzug verfehlt. Mit 39 der insgesamt 83 Sitze bleibt die AfD drei Mandate unter der absoluten Mehrheit. Die politische Botschaft ist dennoch unübersehbar: Das Ergebnis verleiht dem Unmut vieler Menschen in Sachsen-Anhalt eine neue Größenordnung.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, wenn Sie diese Zeilen lesen, wird seit dem Wahlabend bereits einige Zeit vergangen sein. Das endgültige Ergebnis dürfte dann feststehen oder zumindest absehbar sein, erste Gespräche dürften geführt worden sein und manche Einschätzung des Wahlabends dürfte einer neuen politischen Realität gewichen sein. Doch so sehr sich Mehrheiten, Bündnisoptionen und personelle Perspektiven bis dahin konkretisiert haben mögen, der Maßstab bleibt derselbe: Die neue Landespolitik muss beweisen, dass sie Sachsen-Anhalt handlungsfähig hält und den Menschen, die diesen Staat Tag für Tag tragen, verlässliche Rahmenbedingungen bietet.

Für die Gewerkschaft der Polizei ist das Wahlergebnis weder Anlass für parteipolitische Spekulationen noch für vorschnelle Koalitionsarithmetik. Unsere Mitglieder schützen Versammlungen, sichern Wahllokale, verfolgen Straftaten und stehen für ein Gemeinwesen ein, das an Recht und Gesetz gebunden ist. Deshalb fragen wir: Was bedeutet das Votum für die Handlungsfähigkeit des Landes und für diejenigen, die seine öffentliche Ordnung jeden Tag gewährleisten?

Die Wahlbeteiligung von 77,8 Prozent ist zunächst ein starkes demokratisches Signal. Im Jahr 2021 hatten 60,3 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt. Das verdient Respekt. Wer wählt, überlässt die Entscheidung nicht anderen. Zugleich verpflichtet ein solches Votum alle politischen Kräfte zu Nüchternheit. Weder moralische Belehrung noch routinierte Beschwichtigung wird dem gerecht, was sich gezeigt hat. Vertrauen lässt sich nicht durch Fernsehstatements zurückgewinnen. Es entsteht dort, wo Bürgerinnen und Bürger erleben, dass der Staat erreichbar ist, Entscheidungen erklärt, Regeln durchsetzt und seine Beschäftigten nicht im Stich lässt.

Sicherheit ist die tägliche Erfahrung von Staat

Innere Sicherheit wird im Wahlkampf gern in großen Worten verhandelt. Auf der Straße ist sie konkret. Sie zeigt sich darin, ob nach einem Notruf rechtzeitig Hilfe eintrifft, ob eine Polizeidienststelle auch im ländlichen Raum ansprechbar bleibt und ob Ermittlungen ohne monatelangen Rückstau geführt werden können. Sie zeigt sich ebenso darin, ob Einsatzkräfte nach einer belastenden Schicht gesund nach Hause kommen, ob moderne Führungs- und Einsatzmittel funktionieren und ob Kolleginnen und Kollegen genug Zeit für Bürgernähe haben.

Die Polizei ist nicht die Kulisse politischer Stärke, sondern eine Institution des demokratischen Rechtsstaates. Ihre Aufgabe ist nicht, Stimmungen zu bedienen, sondern Grundrechte zu schützen, Gefahren abzuwehren und Gesetze durchzusetzen. Gerade in polarisierten Zeiten braucht sie klare politische Führung und gesellschaftlichen Rückhalt.

Im zurückliegenden Wahlkampf war viel von Ordnung die Rede. Nun kommt der schwierigere Teil: Ordnung zu organisieren. Dafür reichen weder Plakate noch neue Überschriften in einem Koalitionsvertrag. Es braucht Personal, das ausgebildet, geführt und dauerhaft gebunden werden kann. Es braucht eine Verwaltung, die den Polizeivollzug entlastet. Es braucht digitale Systeme, die Arbeit vereinfachen, statt zusätzliche Arbeitsschritte zu erzeugen. Und es braucht Gebäude, Fahrzeuge und Schutzausstattung, die dem Einsatzalltag des Jahres 2026 entsprechen.

Der Maßstab liegt auf dem Tisch

Die Polizeigewerkschaften des Landes haben vor der Wahl gemeinsam das Magdeburger 10-Punkte-Papier vorgelegt. Sein Grundgedanke: Sicherheit braucht Verlässlichkeit. Steigende Einsatzbelastungen, komplexere Aufgaben, Personalmangel und Investitionsrückstände sind mit dem letzten Wahlplakat nicht verschwunden. Die Forderungen liegen auf dem Tisch und warten auf Entscheidungen.

Eine langfristige Personaloffensive darf deshalb kein Wahlkampfversprechen mit Verfallsdatum sein. Die Einstellung von 480 Nachwuchskräften in diesem Jahr ist ein wichtiges Signal. Sie löst aber noch nicht die Frage, wie viele davon ihre Ausbildung erfolgreich abschließen, wo sie später eingesetzt werden und wie der altersbedingte Personalabgang ausgeglichen wird. Personalpolitik muss in Jahrzehnten denken, nicht in Haushaltsjahren. Wer heute zu wenig ausbildet, kann die Lücke morgen nicht durch Überstunden schließen.

Auch moderne Technik ist kein Luxus. Kriminalität verlagert sich in digitale Räume, Beweismengen wachsen und Einsatzlagen wer-

Die Polizeigewerkschaften des Landes haben vor der Wahl gemeinsam das Magdeburger 10-Punkte-Papier vorgelegt. Unser Grundgedanke: Sicherheit braucht Verlässlichkeit. Steigende Einsatzbelastungen, komplexere Aufgaben, Personalmangel und Investitionsrückstände sind mit dem letzten Wahlplakat nicht verschwunden.

den komplexer. Digitalisierung muss deshalb an der Praxis ausgerichtet sein: verlässliche Netze, kompatible Systeme, rechtssichere Anwendungen, professionelle IT-Unterstützung und genügend Zeit für Fortbildung.

Hinzu kommt die Arbeitswirklichkeit. Schichtdienst, Wochenendarbeit, kurzfristige Alarmierungen und psychisch belastende Einsätze gehören zum Beruf. Sie dürfen aber nicht als Begründung dafür dienen, jede zusätzliche Belastung als selbstverständlich hinzunehmen. Gute Führung, funktionierender Arbeits- und Gesundheitsschutz, planbare Arbeitszeiten, zeitgemäße Zulagen und echte Entwicklungsmöglichkeiten entscheiden darüber, ob qualifizierte Menschen zur Polizei kommen und dortbleiben.

Wertschätzung steht im Haushaltsplan

Politik spricht gern von Anerkennung. Beschäftigte erkennen sie vor allem auf der Bezügemitteilung. Die GdP hat deshalb eine zeit-, inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen, Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger verlangt. Dazu gehört aus unserer Sicht auch der vereinbarte Mindestbetrag von 100 Euro. Gerade die unteren Besoldungsgruppen dürfen nicht benachteiligt werden.

Faire und verfassungsgemäße Besoldung ist mehr als eine Einkommensfrage. Sie zeigt, welchen Wert das Land der Arbeit seiner Beschäftigten beimisst. Wer Polizeikräfte gewinnen will, konkurriert mit konkreten Arbeitgebern, Arbeitszeiten und Lebensentwürfen. Ein Dienstherr, der Verlässlichkeit erwartet, muss selbst verlässlich handeln.

Das gilt auch für Tarifbeschäftigte und die Polizeiverwaltung. Ohne ihre Arbeit fährt kein Einsatzfahrzeug, funktioniert keine IT, wird keine Rechnung bezahlt und keine Personalakte bearbeitet. Die Debatte über Polizei darf deshalb nicht auf Uniformträgerinnen und Uniformträger verengt werden. Eine leistungsfähige Organisation braucht alle Beschäftigtengruppen. Wer an der Verwaltung spart, verlagert Aufgaben häufig nur auf den Vollzug und wundert sich anschließend über fehlende Präsenz.

Der Rechtsstaat braucht Maß und Haltung

Das Wahlergebnis hat Debatten ausgelöst, die weit über Sachsen-Anhalt hinausreichen. Manche dramatisieren, andere relativieren. Beides hilft wenig. Ein demokratischer Rechtsstaat muss das Votum der Bürgerinnen und Bürger respektieren und zugleich bei seinen Grundsätzen bleiben. Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewaltenteilung und die Bindung staatlichen Handelns an Recht und Gesetz stehen nicht zur taktischen Disposition.

Für die Polizei ist diese Klarheit unverzichtbar. Sie darf niemals zum Instrument parteipolitischer Interessen werden. Ihre Beschäftigten brauchen Führungskräfte und politisch Verantwortliche, die Rechtssicherheit geben, Verantwortung übernehmen und sie nicht für symbolische Botschaften benutzen. Pauschaler Argwohn gegen die Polizei ist ebenso falsch wie der Versuch, sie für gesellschaftliche Konflikte zu vereinnahmen. Wir erwarten eine sachliche Sicherheitsdebatte, die Probleme benennt, ohne Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Der Staat muss konsequent sein, aber Konsequenz ist nicht Lautstärke. Sie zeigt sich in professionellen Ermittlungen, belastbaren Verfahren, schnellen Entscheidungen und einer Justiz, die mit der Polizei Schritt halten kann. Sicherheit entsteht in einer Kette. Wenn Staatsanwaltschaften, Gerichte, Ausländerbehörden, Kommunen oder soziale Dienste überlastet sind, kann die Polizei diese Defizite nicht dauerhaft kompensieren. Die nächste Landesregierung muss deshalb ressortübergreifend handeln.

Der Auftrag beginnt jetzt

Welche Regierung aus diesem Wahlergebnis hervorgeht, ist weiterhin offen. Für die GdP ist entscheidend, dass das Land während der anstehenden Gespräche handlungsfähig bleibt. Lange Verhandlungen dürfen nicht zum Stillstand bei Personalentscheidungen, Beschaffung und Investitionen führen. Der Haushalt ist keine Nebensache der Regierungsbildung. Er entscheidet darüber, ob Dienststellen planen können und politische Zusagen im Alltag ankommen.

Wir werden deshalb alle politisch Verantwortlichen an ihren Taten messen. Wer mehr Sicherheit verspricht, muss sagen, welches Personal sie gewährleisten soll. Wer leistungsfähige Institutionen fordert, muss erklären, wie er sie finanziert. Wer Respekt für Einsatzkräfte bekundet, muss Gewalt gegen Beschäftigte konsequent verfolgen und für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Und wer Vertrauen zurückgewinnen will, darf Probleme nicht erst dann entdecken, wenn sie in einer Wahlstatistik sichtbar werden.

Diese Landtagswahl hat die politischen Kräfteverhältnisse grundlegend verändert. Die Aufgaben der Polizei sind dagegen dieselben geblieben, während die Rahmenbedingungen anspruchsvoller werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen treten Tag für Tag ihren Dienst an: professionell, unparteiisch und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet. Von der künftigen Landespolitik erwarten sie dasselbe Maß an Pflichtbewusstsein.

Der Wahlkampf ist vorbei. Jetzt beginnt die Bewährungsprobe. Sicherheit braucht keinen nächsten Slogan. Sicherheit braucht Verlässlichkeit.

Eycke Körner
Co-Landesvorsitzender

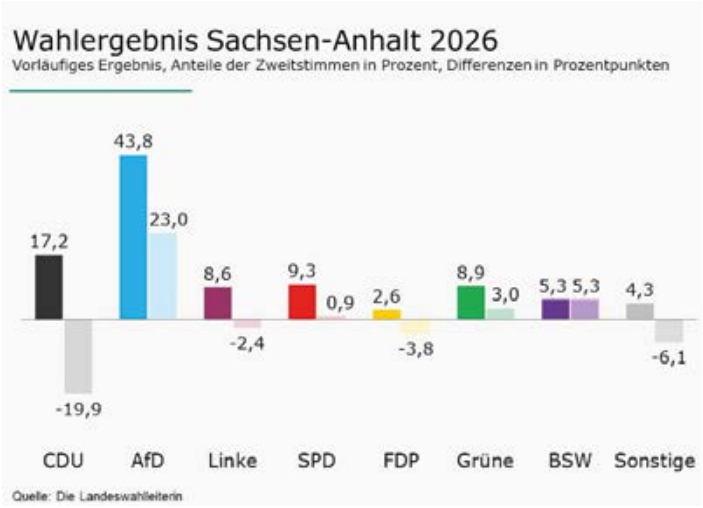


Foto: Landeswahlleiter Sachsen-Anhalt

Simone, 42 Jahre

Ich bin Mitglied in der GdP, weil ich auch als Tarifbeschäftigte eine starke Gemeinschaft an meiner Seite habe, die sich für faire Arbeitsbedingungen einsetzt und mich stets auf dem Laufenden hält.

POLIZEIGEWERKSCHAFTEN DEMONSTRIEREN EINIGKEIT

Gemeinsam stark für die Polizei

Am 23. Juli 2026 fand ein bemerkenswertes Ereignis statt. Auf der Landespressekonferenz traten die Vorsitzenden der drei Berufsvertretungen unserer Landespolizei gemeinsam vor die Mikrofone und Kameras, um sich den Fragen der anwesenden Journalistinnen und Journalisten zu stellen. Unter dem Motto **„Sicherheit braucht Verlässlichkeit“** hatten die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) und der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BdK) zehn grundsätzliche gewerkschaftliche Kernforderungen an die Landespolitik veröffentlicht.

Der Wortlaut dieser Forderungen und eine entsprechende Kommentierung waren bereits im August im Landesteil der „Deutschen Polizei“ zu lesen. Doch über den konkreten Inhalt hinaus hatte dieser gemeinsame Auftritt eine besondere Bedeutung. Er stand für ein klares Signal: In wesentlichen Grundsatzfragen sind sich die Berufsvertretungen der Landespolizei einig. Wenn es um die Zukunft der Polizei, um verlässliche Rahmenbedingungen und um die Interessen der Beschäftigten geht, kann und muss es möglich sein, gemeinsame Positionen zu formulieren und diese auch gemeinsam gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit zu vertreten.

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte war ein solcher konzertierter Auftritt keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Umso mehr verdient es Respekt und Anerkennung, dass dieses Treffen stattgefunden und zu einem beachtenswerten Ergebnis geführt hat. Unterschiedliche Auffassungen und gewachsene Strukturen gehören selbstverständlich zu einer pluralistischen gewerkschaftlichen Landschaft. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, dass gemeinsame Interessen aus dem Blick geraten. Alte und überholte Ressentiments wurden deshalb hinter die gemeinsamen gewerkschaftspolitischen Interessen zurückgestellt. Stattdessen wurde ein neuer Weg beschritten. In demonstrativer Gleichberechtigung haben GdP, DPolG und BdK aufgezeigt, dass sich die Berufsvertretungen der Landespolizei in zentralen Grundsatzfragen einig sind und eine gemeinsame Sprache sprechen können.

Unser Seniorenvorstand hatte den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GLBV) zu diesem Schritt geraten. Unser Landesvorstand war daraufhin zeitnah an die DPolG und den BdK herangetreten. Beide Berufsverbände waren sofort bereit, gemeinsame Interessen auszuloten und ein Papier zu erarbeiten, das von konstruktiver Einigkeit getragen werden sollte.

Mit dem gemeinsamen Auftritt wurde ein unüberhörbares, öffentliches und starkes Signal an die Landespolitik gesendet. Die Zeitungen und andere Medien haben über diesen bemerkenswerten Schritt überregional berichtet. Damit wurde deutlich: Die Gewerkschaften und Berufsverbände der Polizei sind nicht nur Gesprächspartner für die Politik, sondern sie können auch gemeinsam auftreten, wenn es um zentrale Fragen für die Beschäftigten und die Zukunft unserer Polizei geht. Es wurde fair, sachlich und mit gegenseitigem Respekt zusammengearbeitet. Genau diese Haltung war eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der gemeinsamen Initiative.

„Erfahrung gestaltet Zukunft“ – das ist das Leitmotiv der Seniorenarbeit in der GdP. Gerade deshalb war es uns wichtig, uns in diesen Prozess einzubringen. Wir verfügen über einen klaren Blick auf die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit. Viele der Probleme, die heute diskutiert werden, begleiten die Polizei und ihre Beschäftigten bereits seit vielen Jahren. Wer weiß besser als die Gewerkschaftsveteranen, wie wichtig es ist, aus den Erfahrungen der Vergangenheit die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen?

Folgerichtig sind auch die zehn Punkte des gemeinsamen Grundsatzpapiers aus Erfahrungen heraus formuliert worden. Sie greifen Themen auf, bei denen die Beschäftigten der Polizei seit Langem Verbesserungen erwarten und bei denen die Politik gefordert ist, verlässliche und nachhaltige Lösungen zu schaffen. Gemeinsame Forderungen haben dabei eine besondere Stärke: Sie machen deutlich, dass es sich nicht um Einzelinteressen einer Organisation handelt, sondern um Anliegen, die über organisatorische Grenzen hinweg getragen werden.

Jetzt heißt es, dranzubleiben und die Zusammenarbeit bei Grundsatzthemen weiter zu suchen. An welchen Forderungen wir keine Luft lassen werden, haben wir unmissverständlich formuliert. Nun kommt es darauf an, diese Positionen gegenüber der Politik weiterhin deutlich und geschlossen zu vertreten.

Ein besonderer Dank gilt unserer Landesvorsitzenden Nancy Emmel für ihren couragierten Einsatz auf der Landespressekonferenz und René Carius für das engagierte Erarbeiten des 10-Punkte-Plans.

So stellen wir uns gute und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit vor: **selbstbewusst in der Sache, respektvoll im Umgang und geschlossen dort, wo gemeinsame Interessen eine gemeinsame Stimme erfordern.**

Rolf Strehler
für den Seniorenvorstand

SENIOREN GRUPPE

Foto: GdP Bund

Julia, 38 Jahre

Ich bin in der GdP, weil unsere Arbeit im LKA oft im Hintergrund stattfindet, unsere Interessen aber trotzdem gehört werden müssen.

Rund 2.000 Gäste, ein SEK-Auftritt – so feierte das LKA Sachsen-Anhalt

Es ist 11:30 Uhr auf dem Außengelände des Landeskriminalamts, und plötzlich wird es still. Gerade eben haben Kinder noch vor der Puppenbühne gelacht, an den Ständen wurde geredet und gefragt. Jetzt schauen alle auf die schwarz gekleidete Einheit, die ihre Übung mit einer Präzision durchläuft, bei der man unwillkürlich den Atem anhält. Viele der rund 2.000 Gäste sind an diesem 29. August 2026 genau dafür nach Magdeburg gekommen: Das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt feiert seinen 35. Geburtstag – und öffnet dafür zum ersten Mal in dieser Form seine Tore.

Was sich an diesem Samstag als fröhliches Fest mit Hüpfburg, Eiswagen und Tischkicker zeigt, hat einen ernsten Kern. Das LKA Sachsen-Anhalt wurde am 1. März 1991 gegründet und ist in 35 Jahren von einem kleinen Stab auf heute rund 650 Beschäftigte gewachsen. Das Aufgabenfeld ist entsprechend breit: kriminalwissenschaftliche Bereiche, Spezialeinheiten, die Bekämpfung von organisierter und Wirtschaftskriminalität, Zentralstellenfunktionen, polizeilicher Staatsschutz und – mit wachsender Bedeutung – die Bekämpfung von Cybercrime. Längst gehören auch jüngere Themen zum Alltag der Ermittlerinnen und Ermittler, die vor 35 Jahren kaum eine Rolle spielten.



Die Direktorin des LKA, die Innenministerin und die ALin2 des MI bei der Eröffnungsrede


Die Vorführungen der Spezialkräfte sind immer ein Zuschauermagnet.

„Das Landeskriminalamt hat sich von 1991 bis heute zu einer leistungsfähigen Behörde entwickelt, die sich fortwährend auf neue, spezielle Erfordernisse in der Kriminalitätsentwicklung professionell anpasst, um die Kriminalität zeitgemäß und wirksam zu bekämpfen“, sagte LKA-Direktorin Birgit Specht bei der Eröffnung um 10 Uhr, die sie gemeinsam mit Innenministerin Dr. Tamara Zieschang übernahm. Ausdrücklich galt ihr Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne deren Engagement und Kompetenz diese Entwicklung nicht möglich gewesen wäre.

Die Ministerin stellte das Jubiläum in einen größeren Zusammenhang: „Kriminalität verändert sich – und mit ihr die Anforderungen an die Polizeiarbeit. Neue Kriminalitätsphänomene und komplexere Ermittlungsverfahren erfordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Methoden, Fähigkeiten und Technik.“ Themen wie Cyberkriminalität und künstliche Intelligenz, die früher kaum eine Rolle gespielt hätten, seien heute fester Bestandteil der Arbeit. Sie freue sich deshalb besonders, diesen Tag gemeinsam mit dem LKA zu begehen.

Die Bandbreite der Behörde ließ sich an diesem Tag nicht nur auf dem Papier nachlesen, sondern direkt erleben. An den Ständen der Fachabteilungen kamen Besucherinnen und Besucher mit den Expertinnen und Experten ins Gespräch und fragten nach Karrierewegen und Arbeitsalltag – manche erkennbar mit Blick auf die eigene berufliche Zukunft. Beim „Coffee with a cop“ ergaben sich lockere Gespräche bei einer Tasse Kaffee, jenseits von Uniform und Dienstgrad. Ein Vortrag zur Handysicherheit lieferte praktische Tipps für den digitalen Alltag, die vielen Gästen direkt weiterhelfen dürften.

Zu den Höhepunkten zählten die Vorführungen der Spezialeinheiten. Das Spezialeinsatzkommando zeigte seine Übung zweimal, um 11:30 und um 13:30 Uhr; jeweils danach führte der Entschärfungsdienst mit seinem USBV-Roboter vor, wie vermeintliche Gefahrenquellen entschärft werden. Beide Programmpunkte waren die am dichtesten umlagerten des Tages und machten greifbar, unter welchen Risiken einzelne Spezialkräfte im Ernstfall arbeiten. Wer den

In Barleben entsteht auf sieben Hektar das neue Landeskriminalamt Sachsen-Anhalts. Für 415 Millionen Euro wird bis Anfang 2029 das modernste LKA Deutschlands gebaut. Rund 800 Beschäftigte sollen dort arbeiten. Neben Büros und Laboren sind Sport- und Trainingsanlagen geplant. Die komplette Fertigstellung und der vollständige Umzug sind für das Jahr 2029 avisiert.

Ablauf einmal verpasst hatte oder schlicht mehr sehen wollte, bekam am Nachmittag eine zweite Gelegenheit.

Für die jüngsten Gäste hielt das Fest eigene Angebote bereit. Zwei Vorstellungen an der Puppenbühne sorgten für leuchtende Augen, und ein eigens entwickeltes „Detektiv"-Spiel ließ Kinder knifflige Fälle lösen, in denen sie selbst in die Rolle kleiner Ermittlerinnen und Ermittler schlüpfen konnten. So mancher Nachwuchs dürfte hier die erste Neugier auf den Beruf entwickelt haben. Die Soulband des Landespolizeiorchesters begleitete den Tag mit drei Auftritten und hielt die Stimmung zwischen Ernst und Feierlaune zusammen.

Ein stilles, aber spürbares Thema des Tages war das Wiedersehen. Zahlreiche ehemalige Kolleginnen und Kollegen kamen zurück ans LKA – Menschen, die die Behörde über Jahre oder Jahrzehnte mitgeprägt haben und nun als Gäste sehen wollten, was aus dem Haus geworden ist. In den Gesprächen an den Ständen vermischten sich aktuelle Fachthemen mit Erinnerungen an frühere Fälle und an Weggefährten. Dabei wurde deutlich, wie viel von dieser Verbindung über das aktive Dienstverhältnis hinaus bestehen bleibt.

Auch die Polizeigewerkschaften waren mit einem eigenen Informationsstand vertreten. Wer wollte, konnte sich dort neben den fachlichen Angeboten des LKA über berufspolitische Themen, Mitgliedschaft und Interessenvertretung informieren. Dass ein solches Jubiläum nicht nur die Geschichte einer Behörde, sondern auch das gewachsene kollegiale Umfeld würdigt, das sie trägt, war an diesem Tag unübersehbar.

Neben dem Programm sorgte ein umfangreiches Angebot für Verpflegung und Unterhaltung. Ein Eiswagen bot bei den sommerlichen Temperaturen Abkühlung, ein Waffel- und Kaffeewagen stärkte die Besucher zwischendurch, und wer es deftig mochte, wurde ebenfalls fündig. Für die Jüngsten standen eine Hüpfburg und ein Tischkicker bereit, an dem sich manches spontane Duell entwickelte. Es war dieser gelungene Wechsel aus Fachinformation und Familienfest, der den Tag für viele so besonders machte.



Ein Fahrzeug des SEK

Gegen 15:45 Uhr endete das Fest mit einer offiziellen Verabschiedung. Nach vielen Stunden Vorbereitung ein Tag, der nach dem Eindruck vieler Beteiligter rundum gelungen war. Für das LKA Sachsen-Anhalt war der 29. August 2026 jedoch mehr als ein einzelner Feiertag: In der Pressemitteilung zum Jubiläum war von einem „Moment des Innehaltens, des Rückblicks und des Ausblicks auf die Herausforderungen der Zukunft" die Rede – eine Formulierung, die den Anlass treffend beschreibt.

Dass an diesem Tag Vergangenheit und Gegenwart so nah beieinanderlagen – ehemalige neben aktiven Kollegen, Gewerkschaften neben Fachabteilungen, Kinder neben Spezialkräften –, machte deutlich, dass dieses Jubiläum mehr war als eine reine Behördenfeier. Es war ein Fest der Gemeinschaft, die das LKA Sachsen-Anhalt seit 35 Jahren trägt. Und es war zugleich ein Versprechen: Auch die kommenden 35 Jahre werden diese Behörde vor Herausforderungen stellen, doch der 29. August 2026 hat gezeigt, dass sie ihnen mit Kompetenz, Engagement und offenen Türen begegnet.

Eycke Körner




Auch der Roboter zur Erkundung von unbekannten Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) wurde vorgeführt.

Fotos: GdP Sachsen-Anhalt



INFO-DREI

Drohnenabwehr der Polizei in ...

... Thüringen

Die Medienberichte zu möglichen Überflügen unbekannter unbemannter Luftfahrtsysteme (ULS) über kritische Infrastruktur und Liegenschaften der Bundeswehr machen deutlich, dass die Bemühungen in diesem Themenfeld deutlich verstärkt werden müssen. Der Schwerpunkt liegt neben der Abwehr insbesondere auf der Detektion von ULS. Die zunehmende Nutzung von ULS stellt polizeiliches Handeln vor neue Herausforderungen. Um sich dieser Aufgabe anzunehmen, wurde der IuK-Gruppe Ende 2024 die erste cUAS-Technik (counter Unmanned Aircraft System) übergeben.

Die Thüringer Polizei verfügt über einige wenige Basisgeräte zur Drohnenabwehr. Zur Verfügung stehen sowohl Modelle gerichteter Störsender als auch Rundum-Störsender sowie Netzwerfer-Geräte und entsprechende Lagesoftware zur geobasierten Darstellung. Die Fähigkeit zur Abwehr von Drohnen sind derzeit bei der Landespolizei begrenzt. Im erst kürzlich zurückliegenden Polizeieinsatz anlässlich des AfD-Bundesparteitages in Erfurt wurde daher auch auf Fremdtechnik zurückgegriffen. Ein kontinuierliches Engagement und weitere Entwicklungen sind notwendig, um Einsatzanlässe erfolgreich bewältigen zu können.

Beamte der IuK-Gruppe nehmen an diversen Workshops und Lehrgängen teil, um sich mit der Thematik vertraut zu machen. Aufgrund der breiten Einsatzmöglichkeiten von ULS sind die Innovationszyklen stark beschleunigt. Neben der hohen Nachfrage im zivilen Bereich sind auch die militärischen Einsatzmöglichkeiten ausschlaggebend für diese Entwicklung. Die Systeme werden leistungsfähiger, kleiner und resistenter gegen Störungen. Daher müssen cUAS-Maßnahmen permanent angepasst und weiterentwickelt werden. Die Landesregierung hat im Haushalt rund 800.000 Euro zur Drohnenabwehr und für neue unbemannte Fluggeräte im Polizeietat veranschlagt.

Marko Dähne

... Sachsen

Die Geschichte der AG Drohnenabwehr der Sächsischen Polizei, zuständig zur Absicherung des Luftraumes in Bezug auf unbemannte Luftsysteme (UAS – Unmanned Aircraft System) beginnt als Projekt zur Fußball-EM 2024. Die Drohnenabwehr/cUAS Sachsen besteht aus acht Einsatzbeamten, einem Leiter und einem Ingenieur aus dem Tarifbereich. Diese personelle Ausstattung stellt eine gute Basis für den aktuellen technischen Stand dar. Mit aufwachsender technischer Ausstattung ist diese erneut zu bewerten. Die Einsatzmöglichkeiten verteilen sich bundes- und sogar europaweit auf den Schutz von Veranstaltungen mit und ohne Schutzpersonen sowie Massenevents wie Konzerte oder Sportveranstaltungen. Aber auch bei Einsätzen zur Kriminalitätsbekämpfung (lebEL/Sonderlagen), bei denen mit Gegenaufklärung zu rechnen ist, sowie bei Objektschutz kritischer Infrastruktur und Katastrophen- und Großschadenslagen kommen die Kollegen zum Einsatz. Die cUAS verfügt über elektronische Maßnahmen zur Detektion, Verifikation und Abwehr von Drohnen. Dabei ist es möglich, Drohnen technisch zu übernehmen, zum Landen zu zwingen, sie im Flug zu stoppen oder zum Piloten zurückzufliegen. Somit kann der Standort des Piloten ermittelt werden. Störsender und Netzwerfer ergänzen die Ausstattung.

Es findet eine enge Zusammenarbeit mit Bundes- und anderen Länderpolizeien statt. Weiterhin stehen unsere Kollegen im regen Austausch über das Gemeinsame Drohnenabwehrzentrum GDAZ in Berlin. In wiederkehrenden Übungen mit den Einheiten des BKA und der Bundeswehr wird die Zusammenarbeit stetig verbessert. Für die Zukunft fordern wir, auch in finanziell angespannten Zeiten, eine ausreichende finanzielle Basis für eine gut ausgestattete Drohnenabwehr. Der Markt für Drohnen wächst und die technischen Möglichkeiten werden vielfältiger. Es gilt wachsam zu bleiben und vorbereitet zu sein.

Jörg Günther

... Sachsen-Anhalt

Mit der Integration der cUAS-Technologie in die Technische Einsatzeinheit (TEE) der Landesbereitschaftspolizei rüstet Sachsen-Anhalt technologisch massiv auf. Ab 2026 sind die Detektion und Abwehr unbemannter Luftfahrtsysteme fester Bestandteil des polizeilichen Portfolios. Was 2024 als ambitioniertes Projekt begann, findet nun seinen operativen Abschluss: Die Fähigkeit zur Drohnenabwehr (counter Unmanned Aircraft Systems, kurz cUAS) ist offiziell im Dienstalltag angekommen. Bisher waren wir bei der Absicherung kritischer Infrastrukturen oder bei Großlagen oft auf externe Unterstützung angewiesen – diese Abhängigkeit gehört nun der Vergangenheit an.

Die Bedrohungsszenarien sind in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt real. Ob Truppenübungsplätze der Bundeswehr oder sensible Industrieanlagen: Das Ausspähen mittels Drohnen ist keine Theorie mehr, sondern eine Herausforderung, der wir nun mit modernsten Führungs- und Einsatzmitteln (FEM) begegnen. Die neuen Kompetenzen der TEE gehen weit über das bloße Beobachten hinaus. Die technischen Grundlagen ermöglichen es, Drohnen frühzeitig zu orten, den präzisen Standort des Piloten zu bestimmen und im Ernstfall die Steuerung zu übernehmen oder das Flugobjekt kontrolliert vom Himmel zu holen.

Dieser Prozess erfolgt in enger Kooperation mit dem Gemeinsamen Drohnenabwehrzentrum des Bundes (GDAZ), in das Sachsen-Anhalt auch personell investiert.

Aktuell ist für diesen hoch spezialisierten Bereich eine personelle Untersetzung von fünf Kollegen vorgesehen. Ob diese Personalstärke jedoch ausreicht, um in einer sich dynamisch entwickelnden Lage den gesamten Bedarf des Landes Sachsen-Anhalt vollumfänglich abzudecken, darf bezweifelt werden. Als GdP werden wir genau beobachten, ob die personellen Ressourcen mit der technischen Entwicklung und den steigenden Einsatzzahlen Schritt halten können.

Andreas Pöschel

Der Förderverein der GdP Sachsen-Anhalt e. V. wurde am 5. Februar 2002 gegründet. Unser Verein unterstützt die Beschäftigten im Polizeibereich des Landes Sachsen-Anhalt, insbesondere bei der Förderung des Sports, der Kultur, der gesellschaftlichen Bildung und der Bewältigung von Notsituationen.

Hilfe für Theo: Gemeinsam Perspektiven schaffen

Manchmal zeigt sich der wahre Wert von Solidarität dort, wo Menschen in einer schweren Lebenssituation Unterstützung benötigen. Genau eine solche Geschichte bewegt derzeit viele Kolleginnen und Kollegen sowie Freunde und Weggefährten der Polizeifamilie.

Theo ist heute drei Jahre alt und ein fröhlicher, lebensbejahender Junge. Doch sein Lebensweg begann mit großen Herausforderungen. Nach einer komplizierten Schwangerschaft wurde er bereits in der 33. Schwangerschaftswoche geboren. Es folgten zahlreiche Untersuchungen, Krankenhausaufenthalte sowie Monate voller Hoffen und Bangen. Schließlich erhielten seine Eltern eine Diagnose, die weltweit einzigartig ist: Theo leidet an einer bisher einmaligen genetischen Mikrodeletion. Diese seltene Erkrankung bringt unter anderem einen Immundefekt und eine ausgeprägte Muskelschwäche mit sich. Theos körperliche Entwicklung ist dadurch erheblich eingeschränkt. Mit drei Jahren kann er noch nicht selbstständig laufen und ist für längere Strecken auf einen Rollstuhl angewiesen.

Trotz dieser belastenden Ausgangslage gibt Theo niemals auf. Seine Familie begleitet ihn mit unermüdlichem Einsatz und fördert ihn seit seiner Geburt durch Physiotherapie, therapeutisches Schwimmen, Reittherapie und weitere gezielte Maßnahmen. Ärzte und Therapeuten bestätigen, dass diese Behandlungen für seine Entwicklung von großer Bedeutung sind. Viele dieser Therapien werden jedoch nicht oder nur teilweise von den Krankenkassen übernommen und müssen privat finanziert werden. Besonders große Hoffnungen setzt die Familie auf intensive Fördermaßnahmen, unter anderem auf Lanzarote, die speziell für Kinder mit neurologischen und motorischen Einschränkungen angeboten werden.

Die Geschichte von Theo hat viele Menschen berührt. Nach einem Spendenaufruf über die Internetplattform GoFundMe zeigte sich eine überwältigende Welle der Hilfsbereitschaft. Insgesamt konnte bisher die beeindruckende Spendensumme von **17.227 Euro** gesammelt werden. Die große Anteilnahme und die zahlreichen Unterstützungsbekundungen haben Theo und seiner Familie Mut und Hoffnung gegeben. Bereits im Juli konnte Theo dank dieser Unterstützung seine erste intensive Therapieeinheit auf Lanzarote antreten. Seine Familie berichtete von ersten positiven Entwicklungen und motivierenden Rückmeldungen der Therapeuten.

Auch der **Förderverein der Gewerkschaft der Polizei Sachsen-Anhalt e. V.** hat sich an der Unterstützung beteiligt und eine Spende in Höhe von **250 Euro** zur Verfügung gestellt. Damit wurde ein weiteres Zeichen gelebter Solidarität innerhalb der Polizeifamilie gesetzt.

In Absprache mit Theos Mutter möchten wir als Gewerkschaft der Polizei unsere Mitglieder, Freunde und Weggefährten ausdrücklich dazu ermutigen, Theo auch weiterhin auf seinem Weg zu begleiten. Die bisherigen Spenden ermöglichen wichtige Therapiemaßnahmen, doch der Unterstützungsbedarf wird auch in Zukunft bestehen. Therapien und Fördermaßnahmen werden Theo über viele Jahre begleiten und ihm helfen, seine Entwicklungsmöglichkeiten bestmöglich auszuschöpfen.

Jede weitere Spende trägt dazu bei, neue Therapieeinheiten zu finanzieren und Theo die Chance auf weitere Fortschritte zu ermöglichen. Gemeinsam können wir dazu beitragen, Perspektiven zu schaffen, Hoffnung zu schenken und einer Familie zu zeigen, dass sie diesen schwierigen Weg nicht allein gehen muss.

Theo ist ein kleiner Kämpfer mit großen Träumen. Helfen wir gemeinsam dabei, dass er seinen Weg weitergehen kann. Denn manchmal bewirken viele kleine Gesten zusammen etwas ganz Großes.

Martin Götze
Vorstandsmitglied FöV

Hier geht es direkt zur GoFundMe-Kampagne.



Der kleine Theo bei der Wassertherapie

Fotos: privat

DP – Deutsche Polizei
Sachsen-Anhalt

ISSN 0949-281X

Geschäftsstelle
Gustav-Ricker-Straße 62
39120 Magdeburg
Telefon (0391) 61160-10
lsa@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Jens Hüttich (V.i.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone (01520) 8857561
Telefon (03473) 802985
jens.huettich@gdp.de

Der Veröffentlichung des Geburtstags muss explizit zugestimmt werden. Viele von Euch haben das bereits getan, andere noch nicht. Wenn Ihr Eure Einwilligung geben wollt, geht dies am schnellsten per E-Mail an lsa@gdp.de oder Ihr wendet Euch an die Vorstände der Bezirksgruppen, die Vertrauensleute oder die Seniorenvertreter. Diese verfügen über Listen, auf denen Ihr Euch eintragen könnt.

Jens Hüttich

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11/2026 ist es: Freitag, der 2. Oktober 2026, und für die Ausgabe 12/2026 ist es: Freitag, der 30. Oktober 2026. Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

Seniorentermine

SGen der PI Halle

Bereich PI Halle Haus/Revier Halle
Am 21. Oktober und am 11. November 2026 um 14:30 Uhr in der Begegnungsstätte „Zur Fähre“ der Volkssolidarität, Böllberger Weg 150.
Bereich Saalekreis

Am 19. November 2026 um 10 Uhr in der Kegelhalle „Nine Pins“ in der Ladenstraße in Schkopau, mit anschließendem Mittagessen.

SGen der PI Magdeburg

Bereich Bernburg
Am 3. Dezember 2026 um 15 Uhr im Kegel- und Freizeit-Center, in der Krumbholzallee in 06406 Bernburg.

Aufgrund möglicher Verschiebungen sind die Termine nicht zwingend bindend. Bitte fragt bei Euren Seniorenvertretern nach, ob die Veranstaltungen wie geplant stattfinden.

Wir bitten alle Seniorenvertreter, die Termine für die Seniorentreffen für das Jahr 2026 an die Landesredaktion per E-Mail an jens.huettich@gdp.de zuzusenden.

Die Landesredaktion